

Projektgruppe KriPo<sup>i</sup>

## **Zur Normativität kritischer (Politik)Wissenschaft in feministischer Perspektive**

### **Stolpersteine im Spannungsfeld zwischen Kritik, Norm und Utopie**

Erschienen in: Dreit, Karolina/Schumacher, Nina/Abraham, Anke/Maurer, Susanne (Hg.), 2016: Ambivalenzen der Normativität in kritisch-feministischer Wissenschaft, Sulzbach/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, S. 231-257

#### **1. Einleitung: Halterungen und Stolpersteine im Spannungsfeld von Normativität und Objektivität**

Wissenschaft ist in starkem Maße geprägt durch Normen und Regeln, deren disziplinspezifische Aneignung einen großen Teil der Qualifikation als Wissenschaftler oder Wissenschaftlerin im Studium und in der post-gradualen Wissenschaftspraxis ausmacht. Diese Normen und Regeln werden im Wissenschaftsbetrieb – auf den Ebenen der Techniken des wissenschaftlichen Arbeitens, der Methoden und Methodologien empirischer und theoretischer Forschung sowie der Erkenntnistheorien – als Standards von Wissenschaft im Allgemeinen und von ‚guter Wissenschaft‘ im Besonderen verstanden. Sie konstituieren die prozedurale Normativität von Wissenschaft, die ihren praktischen Ausdruck u.a. in ausgetüftelten Systemen der permanenten Begutachtung wissenschaftlicher Tätigkeit findet, von der ersten Hausarbeit im Bachelorstudium bis zur Habilitationsschrift und darüber hinaus. Sie konstituieren – in einem erweiterten Sinn – die methodologische Normativität von Wissenschaft auch in dem Sinn, dass Wissenschaft – und das ist vollkommen unstrittig – nicht ohne Werte (wie etwa die Verpflichtung auf ‚Wahrheit‘ und Redlichkeit), Normen (wie etwa die der Originalität wissenschaftlicher Leistungen) und Regeln (wie vor allem die der empirischen Forschung oder der theoretischen Argumentationsführung) auskommt. Die methodologische, prozedurale Normativität der Wissenschaft im Verhältnis zu sich selbst, ‚nach innen‘, dient u.a. der Ermöglichung, Gewährleistung und Kontrolle wissenschaftlicher Objektivität ‚nach außen‘ – also im Hinblick auf ihren Gegenstand. Der unterstellte Zweck der prozeduralen bzw. methodologischen Normativität von Wissenschaft ‚nach innen‘, also die Gewährleistung ihrer substanziellen bzw. epistemologischen Objektivität ‚nach außen‘, verleiht der Wissenschaft insgesamt das Prädikat vorurteilsfreier Sachlichkeit. Allerdings scheiden sich an den methodologischen Grundlagen von Wissenschaft, an ihrem Gegenstandsbezug und an den darin enthaltenen

‚erkenntnisleitenden Interessen‘ inner- und transdisziplinär unterschiedliche Strömungen, Schulen und Ansätze, zwischen denen das Prädikat der Wissenschaftlichkeit selbst zur Debatte steht. Dies gilt auch für die Naturwissenschaften; hier geht es im Folgenden aber vorrangig um die Sozialwissenschaften bzw. die (kritische) Politikwissenschaft. In diesem Kontext sind aktuell und schon seit einiger Zeit in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie im europäischen und globalen Maßstab Wissenschaftsauffassungen hegemonial, die sich auf den sog. kritischen Rationalismus berufen und andere Wissenschaftsauffassungen mehr oder minder despektierlich als ‚unwissenschaftlich‘ markieren. Umgekehrt wird der kritische Rationalismus aus der Perspektive eben jener anderen Wissenschaftsauffassungen als positivistischer Promotor pseudowissenschaftlicher Legitimationsideologien des Status quo kritisiert.

Aus feministischer Perspektive folgen fast alle Wissenschaftsauffassungen traditionell nicht nur in prozeduraler und methodologischer, sondern auch in substanzieller oder epistemologischer Hinsicht – also ‚nach innen‘ ebenso wie ‚nach außen‘ – einer impliziten Normativität, die als Sexismus oder Androzentrismus bezeichnet werden kann. Diese erhebt – oft unbewusst und ungewollt – vorwiegend männlich geprägte Lebenswelten und Lebensweisen einschließlich der darin enthaltenen Wert- und Bedeutungshierarchien zum Maßstab des allgemein Menschlichen. Der feministischen Analyse gemäß ist Wissenschaft über die Normativität des Androzentrismus ‚nach innen‘ und ‚nach außen‘ aktiv an der Konstruktion und Reproduktion von Geschlechterhierarchien und Geschlechterstereotypen beteiligt. Oft eng verbunden mit anderen Verkürzungen und Verzerrungen wissenschaftlicher ‚Objektivität‘ wie Ethnozentrismus, Rassismus und Heteronormativität verstellt die androzentrische Normativität den Blick auf Funktionsbedingungen, Konfliktdynamiken und Transformationspotenziale der individuellen und gesellschaftlichen Lebensrealität, insbesondere insoweit diese Momente von Herrschaft im Sinn von Unterdrückung<sup>ii</sup> und Emanzipation im Sinn von Befreiung<sup>iii</sup> beinhalten. Der Normativität des Androzentrismus setzt Feministische Wissenschaft die Normativität eines erkenntnisleitenden Interesses an der Überwindung von Geschlechterhierarchien und Geschlechterstereotypen entgegen, das im Kontext einer allgemeinen Praxis des Abbaus von sozialer Ungleichheit, der Befreiung auch (!) von selbst zu verantwortender Unmündigkeit und der Entfaltung unterdrückter und verkannter Möglichkeiten menschlicher Entwicklung – im individuellen ebenso wie im gesellschaftlichen Maßstab – steht.<sup>iv</sup>

Die kritische Thematisierung der Normativität des Androzentrismus wurde im Zuge der Etablierung kritischer und feministischer Wissenschaft im akademischen Lehr- und Forschungsangebot teilweise in den wissenschaftlichen Diskurs integriert. Sie wurde aber ebenso von vorneherein, und wird in jüngster Zeit wieder verstärkt, gekontert mit mehr oder minder aggressiven Attacken gegen die angeblich unwissenschaftliche Normativität feministischer Wissenschaft – z.B. mit Verweis auf „ein postnormatives Denken nach dem Feminismus“, das sich „klar, heiter, kritisch, theoretisch innovativ und empirisch lernfähig“ den Herausforderungen der Zeit stellt (vgl. Hirschauer 2014). Es gehört schon ein beträchtliches, im Kontext patriarchaler Herrschaftstechniken aber nicht unübliches Maß an Chuzpe dazu, androzentrische Normativität – ungeachtet aller feministischen Kritik – in den Status „postnormativer Heiterkeit“ zu erheben, die sich der Verkrampfungen feministischer Normativität zu erwehren hat. Normativitätskritik, die für sich selbst Prä-, Post- oder Anti-Normativität reklamiert, leidet insbesondere dann, wenn es um den Androzentrismus von Wissenschaft geht, unter einem eher traurigen als erheiternden Mangel an Selbstreflexivität. Damit allein ist aber Kritik an der Normativität des Feminismus in seinen zahlreichen Varianten und Strömungen nicht erledigt – auch nicht der möglicherweise berechtigte Hinweis auf einen Überschuss an Normativität und einen dazu komplementären Mangel an analytischer Substanz. Auch im feministischen Diskurs gibt es Tendenzen zu einem „postnormativen Denken“, das – wie es in der Einladung zu der Tagung hieß, auf der dieser Sammelband beruht – „jede Normativität [problematisiert], indem sie unhinterfragte Denkvoraussetzungen und Zielorientierungen radikal dekonstruiert und auf ihren (potentiellen) Geschlechter-Bias hin untersucht“.<sup>v</sup> Mindestens insoweit feministische Wissenschaft an ihrem „herrschafts- und dominanzkritischen Erkenntnisinteresse“ festhalte, sei sie aber „selbst normativ“. Es kann letztendlich nicht um die Zurückweisung jeglicher Art von Normativität in der Praxis von Wissenschaft gehen. Wissenschaft – so die hier zugrundeliegende These – gewinnt vielmehr aus einer feministischen Perspektive Halterungen im unauflöselichen Spannungsfeld zwischen Normativität und Objektivität, die in der Praxis wissenschaftlicher Tätigkeit, zu der hier auch das Studium und die Lehre gehören, ebenso als Stolpersteine fungieren.

## **2. Kritik als Maßstab – Maßstäbe der Kritik**

Zum Selbstverständnis ‚guter Wissenschaft‘ aller Schattierungen gehört, dass sie grundsätzlich kritisch mit ihrem Gegenstand und mit sich selbst umgeht oder jedenfalls umgehen sollte – was das aber heißt, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Zur ‚guten Wissenschaft‘ zählt das Bestreben, sich am

„zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ (Habermas) zu orientieren, statt einfach der jeweils herrschenden Meinung oder einer von wem und wie auch immer als ‚wahr‘ oder ‚objektiv‘ vorgegebenen Position zu folgen. Insofern hat Wissenschaft grundsätzlich ein kritisches Element – jedenfalls nehmen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, nimmt Wissenschaft dies für sich in Anspruch. Nicht zuletzt daraus leiten sich die Anerkennung und die Autorität von Wissenschaft ab. Das kritische Element von Wissenschaft enthält auch immer eine emanzipatorische Dimension – jedenfalls dann und insoweit, als Wissenschaft nicht nur sich selbst gegenüber, ‚nach innen‘, sondern ebenfalls in ihrer Vermittlung ‚nach außen‘ dem aufklärerischen Postulat des „Ausgang[s] des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (Kant 1784) und dem Prinzip „nicht Gedanken, sondern denken lernen“ (Kant [1968]) verpflichtet ist.

Die Realität von Wissenschaft im Allgemeinen und von Politikwissenschaft im Besonderen befindet sich allerdings – historisch und aktuell – keineswegs durchgängig in Übereinstimmung mit diesen ‚hehren‘ Prinzipien. Wissenschaft war und ist vielmehr – ganz entgegen ihrer (Selbst-)Verpflichtung auf Kritik und Emanzipation – maßgeblich beteiligt an der Entwicklung und Legitimation vielfältiger Techniken von Macht, Herrschaft und Gewalt, von Umweltzerstörung, Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Gerade die Politikwissenschaft steht vielfach im Ruf einer letztendlich ziemlich unkritischen, staatstragenden Herrschafts- und Legitimationswissenschaft.

Auch in den alltäglichen Studienerfahrungen scheint das kritische und emanzipatorische Moment von Wissenschaft nicht gerade im Vordergrund zu stehen. Der Druck auf die Akkumulation von Wissen lässt dessen kritische Reflexion oft kaum noch zu. Die Übersetzung von Wissen in eigenständiges und eigensinniges Denken und Handeln scheint manchmal (auch seitens der Studierenden) noch nicht einmal mehr intendiert und wird nur selten systematisch befördert. Beispiele für die Blockaden der Kritik sind eine verdinglichende Betrachtung politischer Institutionen, die diese herauslöst aus ihrem historischen Kontext und jenseits sozialen Handelns und sozialer Kräfteverhältnisse stellt; die unkritische ‚Anwendung‘ von Theorien, die sich bei genauerem Hinsehen als herrschaftlich überformt und androzentrisch verzerrt und verkürzt erweisen; oder eine wissenschaftliche Praxis, die sich darauf beschränkt, auf sehr oberflächliche Weise festzustellen, „was der Fall ist“ (Wittgenstein), und dabei Fragen nach Alternativen per se als ‚unwissenschaftlich‘ brandmarkt – jedenfalls insoweit als sich die Suche nicht auf oberflächliche Phänomene der sozialen Realität beschränkt, sondern zugleich die Tiefenstrukturen unterdrückter Möglichkeiten umfasst. Schließlich

nötigen die institutionelle Logik der Universität und die darin enthaltenen Zwänge im Rahmen von Studien- und Prüfungsordnungen oder unter dem Konkurrenzdruck der Drittmittelakquise Studierende und Forschende häufig zu Handlungsweisen, die einem konkretisierten kritischen und emanzipatorischen Anliegen widersprechen.

Kritisch-emanzipatorische Politikwissenschaft ist also keineswegs ein ‚weißer Schimmel‘ (Pleonasmus): Nicht alles, was als Wissenschaft daherkommt, hat sich allein dadurch schon als kritisch, geschweige denn als emanzipatorisch ausgewiesen. Das kritische Moment von Wissenschaft impliziert einen normativen Selbst-Anspruch. Dieser Selbst-Anspruch von Wissenschaft ist – wie bereits einleitend angemerkt – theoretisch unstrittig, insoweit als er sich auf das Verhältnis von Wissenschaft zu sich selbst bezieht. Praktisch folgt Wissenschaft allerdings oft eher dem Prinzip der Selbst-Bestätigung als dem der Selbst-Kritik. Dass sich Wissenschaft nicht nur nach innen, sondern zudem nach außen an Maßstäben orientieren muss und faktisch orientiert, impliziert allerdings nicht nur praktisch schwer einzulösende Herausforderungen, sondern ist zudem theoretisch strittig.

### **3. Normative Wissenschaftspraxis im toten Winkel von Wissenschaftstechnik und Wissenschaftsphilosophie**

Das Verhältnis von Kritik und Normativität berührt, wie einleitend erwähnt, verschiedene Ebenen und Sparten der Reflexion und Vermittlung von Wissenschaft: die Ebene der Regeln, Prinzipien und Techniken wissenschaftlichen Arbeitens (etwa Grundlagen der wissenschaftlichen Recherche, Regeln des Zitierens, Techniken des wissenschaftlichen Schreibens oder Präsentierens), die Ebene der Methoden und Methodologien (etwa Einsatzzweck, Regeln und Verfahren von Experimenten, Beobachtungen, Interviews, Hypothesenbildung, -verifikation bzw. -falsifikation) und die Ebene der Wissenschafts- und Erkenntnistheorie bzw. der Wissenschafts- und Erkenntniskritik (etwa Erörterungen der Bedingung der Möglichkeit von Erkenntnis, Wahrheit, Fortschritt etc.). Auf allen drei Ebenen sind Studierende und NachwuchswissenschaftlerInnen mit einer beeindruckenden Menge an einschlägiger Literatur konfrontiert: Es gibt eine Fülle von Ratgebern und Anleitungen zu den Techniken wissenschaftlichen Arbeitens, eine kaum noch überschaubare Ansammlung von Lehr- und Fachbüchern zu den Methoden und methodologischen Herausforderungen der Kultur- und Sozialwissenschaften, und wissenschafts- und erkenntnistheoretische Werke, die den Fachwissenschaften als grundlegende Orientierung dienen sollen, füllen ganze Bibliotheken.

Die Ratgeber und Anleitungen zu den Techniken wissenschaftlichen Arbeitens vermitteln gleichsam das ‚kleine Einmaleins‘ von Wissenschaft, sind allerdings oft selbst (implizit) einem auf empirisch-analytische Forschung ausgerichteten und am kritischen Rationalismus orientierten Wissenschaftsverständnis verpflichtet.<sup>vi</sup> Das Problem der Normativität kritischer Wissenschaft behandeln sie oft nur sehr oberflächlich. Damit entfällt entsprechend eine Erörterung des Problems der androzentrischen Normativität fast aller Wissenschaftsauffassungen; feministische Konzepte der Vermittlung von Kritik und Normativität finden i.d.R. keine oder nur eine eher beiläufige Erwähnung (für die Politikwissenschaft vgl. unter vielen anderen Stykow 2009).

Auch Methodenbücher thematisieren ihre methodologischen, wissenschafts- und erkenntnistheoretischen Grundlagen oft nur sehr knapp und oberflächlich und widmen sich schwerpunktmäßig der Frage, welche Methoden unterschiedlichen (empirischen) Fragestellungen angemessen sind und wie sie angewendet werden (vgl. etwa Behnke 2006). Methodische und methodologische Probleme der begrifflichen Klarheit, der Entwicklung und Anwendung von Theorien, des kritischen Theorienvergleichs, der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Kritikperspektiven in der Wissenschaft und auf die Wissenschaft stehen zumindest nicht im Zentrum sog. Methodendebatten. Bestimmte Methoden – wie etwa Hermeneutik, Dialektik, kritische Diskursanalyse – werden manchmal gar nicht oder wiederum nur am Rande behandelt. Andererseits wird die Frage nach der Relevanz und den Methoden qualitativer und quantitativer empirischer Forschung in der Selbstverständigung und Selbstdarstellung von sich dezidiert als kritisch, emanzipatorisch, feministisch verstehender Wissenschaft oft weitgehend vernachlässigt oder nur auf höchst abstrakter Ebene verhandelt.<sup>vii</sup> So wird beispielsweise die Erörterung der Frage „Was ist Kritik?“ weitgehend in den philosophischen Horizont der Wissenschafts- und Erkenntnistheorie verschoben. Die einschlägige Literatur auf dieser Ebene ist aber eingebunden in einen philosophischen Diskurs mit einer oft nicht ohne weiteres verständlichen Terminologie und mit für Nicht-PhilosophInnen kaum nachprüfbar und nachvollziehbaren Bezügen etwa auf Hegel, Husserl, Wittgenstein, Lukacs, etc. Entgegen dem eigenen kritischen Anspruch findet eine Übersetzung wissenschafts- und erkenntnistheoretischer Erörterungen in den fachwissenschaftlichen Diskurs der einzelnen Disziplinen kaum statt.

So bleibt Studierenden und Nachwuchswissenschaftlerinnen der Zugang zu den wissenschafts- und erkenntnistheoretischen Grundlagen ihres Fachs und den diesbezüglichen – meist verdeckten – Kontroversen oft versperrt. Studierende und NachwuchswissenschaftlerInnen erhalten oft wenig Anreize, sich mit dieser Materie zu befassen, weil sie ihnen als allenfalls theoretisch relevant, sehr

abgehoben, kaum verständlich und als wissenschaftspraktisch unerheblich vermittelt wird. In der eigenen Arbeit, beim Verfassen von Hausarbeiten, Referaten und Examensarbeiten, aber genauso später in der beruflichen Praxis oder im Hinblick auf Promotions- und/oder Forschungsprojekte, stoßen viele dann aber doch auf grundsätzliche Fragen nach dem eigenen Wissenschaftsverständnis, der eigenen Kritikperspektive, dem Problem von Normativität und Objektivität oder dem Verhältnis zwischen Theorie, Empirie und Praxis. Oft werden diese Fragen, kaum dass sie sich ergeben haben, schon wieder – zu Lasten der Qualität der eigenen Arbeit – beiseitegeschoben, weil man sich von ihnen überfordert fühlt. Dabei scheitern wissenschaftliche Projekte in- und außerhalb der wissenschaftlichen Institutionen oft an genau diesen Fragen, weil sie sehr wohl von hoher wissenschaftspraktischer Relevanz sind – auch im Sinn der Entfaltung wissenschaftlicher Kompetenz in außeruniversitären Berufsfeldern.

#### **4. Halterungen und Stolpersteine im Spannungsfeld von Normativität und Objektivität. Sechs Thesen am Beispiel kritisch-feministischer Politikwissenschaft**

##### **a. Erkenntnis und Interesse, Parteilichkeit und Objektivität**

Wissenschaft ist (auch ihrem eigenen Selbstverständnis nach) kein Selbstzweck, sondern – wie es Karl Popper formulierte – Teil der „Suche nach einer besseren Welt“ (Popper 1984) bzw. – in den Worten von Max Horkheimer – Teil der „historischen Anstrengung, eine Welt zu schaffen, die den Bedürfnissen und Kräften der Menschen genügt“ (Horkheimer 1937). Im Rahmen dieser ‚Suche‘ bzw. ‚Anstrengung‘ bekennt sich kritisch-emanzipatorische (Politik)Wissenschaft – ex negativo – zu ihrem erkenntnisleitenden Interesse an der Aufdeckung, Delegitimation, Dekonstruktion und Destruktion von Herrschaft und Herrschaftsverhältnissen und – ex positivo – zu ihrem Interesse an Demokratie und Emanzipation, an der allseitigen Entfaltung eines guten Lebens und an der Einlösung des Versprechens von Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Entsprechend sieht kritisch-emanzipatorische Politikwissenschaft ihren Gegenstand – Politik – als ambivalentes Konstrukt aus Herrschaft, Regierung, Reglementierung und Gouvernamentalität<sup>viii</sup> einerseits und aus Engagement, Bewegung, Deliberation, Widerstand und Emanzipation andererseits. Den in der Politikwissenschaft traditionell überwiegenden einseitigen Standpunkt, die Sicht ‚von oben‘, aus der und auf die Perspektive der Privilegierten, konterkariert sie mit ihrem Blick ‚von unten‘, nämlich aus der und auf die Perspektiven der Unterdrückten (vgl. ausführlicher Harding 1994

und 2008). Dabei vertritt sie die Auffassung, dass es keine interessensfreie und keine wertfreie Wissenschaft gibt. Vielmehr geht sie davon aus, dass das Postulat der Wertfreiheit letztlich nur die Einvernahme von Wissenschaft für die Stabilisierung und Legitimation des Status quo (einschl. der darin enthaltenen Irrtümer und Lügen) kaschiert. Dies macht das Interesse an Wahrheit im Sinn der Überwindung von Lügen und Irrtümern zu einem Teil des Interesses an einer besseren Welt. Die historische Anstrengung kritischer Wissenschaft, ihr Interesse an der Welt richtet sich deshalb immer auch auf sich selbst.

Ein normatives Interesse ist mithin kennzeichnend für kritisch-emanzipatorische (Politik-)Wissenschaft in feministischer Perspektive, wie sie in diesem Text skizziert wird. Auch die Kritikkonzeption des Kritischen Rationalismus gesteht der Wissenschaft und denen, die sie betreiben, „Parteilichkeit“ und „Wertungen“ zu – aber nur nach gleichsam außerwissenschaftlichen, weil nicht erkenntnisrelevanten Erwägungen der Humanität.<sup>ix</sup> Im Unterschied hierzu versteht kritisch-emanzipatorische (Politik)Wissenschaft ihr Interesse an dem Gegenstand, mit dem sie sich befasst, ebenso als eine Quelle der Erkenntnis – begründet ihr Interesse folglich gleichermaßen ‚nach innen‘ wie ‚nach außen‘. Dies verschließt sich der kritisch-rationalistischen Wissenschaftsauffassung, dergemäß zu den vielfältigen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung, Bevormundung und Missachtung, Benachteiligung und Gewalt nur außerwissenschaftlich eine normative Haltung eingenommen werden kann, während sie inner-wissenschaftlich eine Haltung von Neutralität oder Unparteilichkeit gebietet. Insoweit als Politikwissenschaft sich als Demokratiewissenschaft versteht, die Demokratie nicht nur analysieren, sondern befördern will, nimmt sie selbstverständlich einen normativen Standpunkt ein; als Kritische Wissenschaft begreift sie dabei allerdings auch und gerade die Demokratiekritik (etwa hinsichtlich der geschlechterpolitischen Asymmetrien liberaler Demokratien) als wissenschaftlich fundierte demokratische Praxis (vgl. ausführlicher Jung 2015).

#### b. Historisierung und Kontextualisierung

Kritische Wissenschaft begnügt sich nicht mit Feststellungen wie „Das ist einfach so“ oder mit plakativer Opposition nach dem Motto: „Das passt mir nicht“. Sie sucht und fragt vielmehr nach dem Gewordensein der Dinge – dem Wieso/Weshalb/Warum hinter dem „Es ist nun mal so“. Sie entwickelt dabei nicht nur ein „historisches Verständnis ihres Gegenstands“, sondern ebenso „ihrer eigenen, auf diesen Gegenstand bezogenen Begriffe und Fragestellungen“ (Greven 2006). Erst vor diesem Hintergrund wird klar, dass (politische) Realität (wie auch das Verständnis/die Interpretation dieser Realität) als immer nur

vorläufiges Ergebnis, als Zwischenstand von sozialen Kämpfen und Bewegungen, von politischen Kontroversen und Konflikten und in verschiedensten Aushandlungsprozessen entstanden und somit immer umkämpft und in permanenter Veränderung begriffen werden kann. Auch die Abgrenzung des Gegenstandsbereichs der Politikwissenschaft und das Verständnis von Politik unterliegen dem historischen Wandel und kontroversen Debatten. Eine ahistorisch betriebene Politikwissenschaft verstellt den Blick für das dynamische Element politischer, gesellschaftlicher, sozialer und kultureller Prozesse und Systeme und damit für die Möglichkeiten, die politischem Handeln innewohnen. Historisierung bedeutet nicht nur Rückbindung der Gegenwart an ihre Vergangenheit (einschließlich der darin enthaltenen, nicht realisierten Möglichkeiten). Vielmehr wird darunter zugleich die Öffnung des Status quo für eine nicht nur möglicherweise, sondern sehr wahrscheinlich andere Zukunft verstanden. Wird bspw. die westliche kapitalistisch-liberale Demokratie als das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) betrachtet, die zudem als linearer Fortschritt gedacht und dargestellt wird, werden die vielfältigen Auseinandersetzungen um unterschiedliche Pfade und Modelle von Demokratie und Demokratisierung ausgeblendet; ihre aktuelle Verfasstheit in Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland wird starr und steinern und so um die Möglichkeit gebracht, in Anbetracht neuer Herausforderungen von Grund auf verändert zu werden.

In kritischer Perspektive müssen die Gegenstände, Themen, Fragen und Methoden der Politikwissenschaft nicht nur in den historischen Zusammenhang ihres Entstehens und der darin enthaltenen Tendenzen und Möglichkeiten ihrer weiteren Entwicklung gestellt werden, sondern auch in ihren gesellschaftlichen Zusammenhang mit anderen Dimensionen und Komponenten der sozialen Realität. So müssen beispielsweise die sozio-ökonomischen Entwicklungs- und Funktionsbedingungen sowie Konfliktdynamiken der gegenwärtigen Verfasstheit von Demokratie reflektiert werden. Die darin enthaltene Konstruktion des Zusammenhangs zwischen Staat und Markt, Politik und Ökonomie, kulturellen und sozialen Dynamiken sowie zwischen Öffentlichkeit und Privatheit darf nicht einfach unkritisch hingenommen werden. Vielmehr muss sie kritisch insbesondere hinsichtlich der darin enthaltenen, nicht (demokratisch) legitimierte Macht- und Herrschaftsverhältnisse reflektiert werden. Historisierend und kontextualisierend zu denken und zu forschen heißt damit letztlich, einzelne Forschungsprojekte immer auch gesellschaftstheoretisch und gesellschaftskritisch zu fundieren. Dabei kommt es v.a. darauf an, die Bedingungen der Möglichkeit politischen Handelns, seine

Reichweite, aber ebenfalls seine Restriktionen gesellschaftstheoretisch zu ergründen.

Kritische Politikwissenschaft weigert sich, Politik nur als problemlösendes Handeln zu verstehen; sie untersucht es vielmehr als problemerzeugendes und -verstärkendes Handeln und kennt Politik jenseits offiziöser Institutionalisierungen. So wird sie sensibel für die Vielschichtigkeit von Herrschaftsverhältnissen und -praktiken, sozialen Ungleichheitsverhältnissen und -praktiken wie für die oft versteckten, unterdrückten und widersprüchlichen Praxen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Aufgabe der Historisierung und Kontextualisierung von Themen und Fragestellungen ist gerade das Entdecken unterdrückter Möglichkeiten von Demokratie und Emanzipation und die Analyse von Widersprüchen, Brüchen, Kontroversen, von gegenläufigen Tendenzen innerhalb der aktuell hegemonialen, vermeintlich unverbrüchlichen Konstellationen und Entwicklungen. Kritische Politikwissenschaft in feministischer Perspektive will sichtbar machen, welchen Anteil geschlechtsspezifische Vereinseitigungen und androzentrische Verkürzungen von historischen Prozessen und gesellschaftlichen Zusammenhängen an der Legitimation, Stabilisierung und mithin Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen haben.

#### c. System/Subjekt – Struktur/Handlung – Materialität/Diskurs

Bei der Analyse von Herrschaftsverhältnissen und der Suche nach Alternativen stellt sich die Problematik des Zusammenhangs zwischen System und Subjekt bzw. Struktur und Handlung: Fungieren die Subjekte – individuell und kollektiv – nur noch wie die berühmten Rädchen im Getriebe, oder halten sie dieses Getriebe nicht auch selbst am Laufen? Determiniert die Struktur das Handeln der Subjekte oder ‚machen‘ die Subjekte die Struktur? Woher kommt die gesellschaftliche Ordnung (die ‚Strukturen‘), die das individuelle und gesellschaftliche Leben reguliert und ‚regiert‘, und auf welchen Herrschaftsverhältnissen beruht die bestehende Ordnung – die kapitalistische Wirtschaftsweise, der bürokratische Staat, das asymmetrische Verhältnis zum Rest der Welt, das binär codierte und hierarchisch strukturierte Geschlechterverhältnis, die Konstruktion von Normalität und Identität und deren hierarchische Abgrenzung gegenüber dem Anderen, dem Fremden? Wie reproduzieren sich diese Strukturen immer wieder? Welchen Anteil hat daran politisches Handeln? Kann das Subjekt als ‚kleines Rädchen‘ im Getriebe etwas verändern oder ist es ohnmächtig einem anonymen, übermächtigen System ausgeliefert?

Wenn man einen Blick in die Geschichte wirft, dann wird klar, dass gesellschaftsbestimmende Strukturen eine Art Eigenleben führen, oder mit den Worten von Regina Becker-Schmidt (2013: 26): „sich gegen Subjekte und Gruppen verselbstständigen“ – der Kapitalismus hängt nicht an der Person Josef Ackermanns, eine Frau als Bundeskanzlerin bedeutet nicht das Ende der patriarchalen, androkratischen Grundstruktur der deutschen Gesellschaft, ebenso wenig wie die Präsidentschaft von Barack Obama das Ende von Rassismus in den USA signalisiert. Dennoch sind diese Strukturen in menschlichen Gesellschaften entstanden, sie wurden von Menschen geschaffen, und sie werden permanent von Menschen reproduziert. Das heißt, dass Menschen diese Strukturen verändern könn(t)en. Aber die Subjekte sind zugleich gewissermaßen „gefangen“ in den Strukturen – Menschen sind eben nicht (vollkommen) frei in den Entscheidungen, die sie treffen, und den Vorlieben, die sie haben. Sie reproduzieren die Verhältnisse durch ihr eigenes Verhalten – in der Kleidung, die sie tragen, in dem Lebensweg, den sie einschlagen, in der Art und Weise, wie sie über bestimmte Dinge denken und sich äußern. ‚Das System‘ schafft sich durch vielfältige Mechanismen u.a. von Zwang, Anreiz und Bedürfnisproduktion die Subjekte, derer es zu seiner Reproduktion bedarf; die Strukturen lenken politisches Handeln in die vorgefertigten Bahnen permanenter Modernisierung im Sinne von Erneuerung und Veränderung, die die Grundstrukturen der darin enthaltenen Herrschaftsverhältnisse immer besser verschleiern, aber nicht überwinden.

Die unmittelbare Erfahrungsebene der Subjekte kann nicht allein durch das Konzept Individualität erklärt werden, denn mit einer solchen Betrachtungsweise bleibt unberücksichtigt, dass die Stabilität politischer Ordnungen und Regime nicht nur durch das Handeln von individuellen und kollektiven Akteuren geschaffen wird. Diese Ordnungen und Regime strukturieren zugleich den Möglichkeitsraum politischen Handelns (und dieses Handeln generierende subjektbezogene Erfahrungen). Der ausschließliche Blick auf die Subjekte verfällt zudem schnell in eine essentialisierende, biologistische und individualistische Argumentationsweise; Handlungsspielräume für emanzipatorische Bewegungen werden systematisch überschätzt; politisches Handeln verliert sich in blankem Aktionismus oder in Nischen vermeintlicher Autonomie. Andererseits dürfen aber beim Blick auf die Strukturen und die systemischen Befestigungen von Herrschaftsverhältnissen die eigensinnigen und widerspenstigen Momente des Politischen ebenso wie des Subjektiven nicht ignoriert werden – denn Menschen handeln, denken, leben nicht immer und ausschließlich so, wie es ihnen gewissermaßen vorgegeben wird – sind nicht (ausschließlich) ‚Agenten des Systems‘. Sie sind vielmehr in ihrem Handeln,

Denken, Leben oftmals kreativ, fantasievoll, widerspenstig, mehr oder weniger mit ‚passenden‘ Verhaltensmustern ausgestattet, auch rebellisch, eigensinnig und solidarisch. Indem sich Menschen zusammenschließen, gewinnen sie Handlungsmacht gegenüber systemisch verankerter Unterwerfungsmacht. Politik, politisches Handeln als Streben nach Macht hat nicht nur eine autoritäre Seite von Regierung, sondern auch eine andere Seite des empowerments, der sozialen Bewegung und ihrer Kämpfe, der Opposition.

Eine auf Veränderung zielende wissenschaftliche Kritik muss entsprechend Struktur und Handlung, System und Subjekt theoretisch so konzipieren, dass deren wechselseitige Durchdringungen in den Blick kommen. Nur so können dann die komplexen Abgrenzungen und Verschränkungen von Autonomie und Heteronomie auf Seiten der Subjekte und des Handelns erkannt und erforscht werden; nur so können Strukturen sowohl als systemische Befestigung von Herrschaftsverhältnissen wie als Produkt politischen Handelns begriffen werden. Es geht somit auch darum, positiv oder negativ aufgeladene Mystifikationen des Subjektiven und des Politischen ebenso wie des Strukturellen und des Systematischen zu vermeiden.

Eine ähnliche Gemengelage stellt sich in Bezug auf die Begriffe Materialität und Diskurs: Weder lassen sich gesellschaftliche Phänomene, Herrschaftsverhältnisse und Emanzipationspotentiale vollkommen aus ihrer Materialität heraus erklären – seien es Produktionsverhältnisse, Gewaltverhältnisse oder Körperverhältnisse; noch sind sie ausschließlich diskursive Konstruktionen oder Ideologien. Das Verhältnis von Herrschaft und Knechtschaft erschöpft sich weder im Knüppel noch in der Rede über den Knüppel. Kritische Politikwissenschaft in feministischer Perspektive reflektiert die Materialität gesellschaftlicher Verhältnisse, wie sie vor allem in der Analyse von Arbeit(stellung) deutlich wird, entlang der Achsen Klasse, Rasse und Geschlecht, oder im Hinblick auf die Verschränkungen von Kapitalismus, Rassismus, Imperialismus und Patriarchat. Dabei handelt es sich sowohl um materiale Konstellationen wie um diskursive Konstrukte. Diskursive Machtstrategien, Ideologien und Mythen werden als konstitutiv für gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse enttarnt, indem sie naturalisierend und norm(alis)ierend wirken und so an der Herausbildung und an der Befestigung materialer Verhältnisse mitwirken – so wie umgekehrt materiale Konstellationen wie die Eigentumsordnung oder das Genderregime diskursive Machtstrategien überhaupt erst hervorbringen und befördern.

#### d. Pluralität und Totalität der Kritikperspektive

Im Selbstverständnis kritisch-emanzipatorischer Politikwissenschaft fließen unterschiedliche Traditionen und Perspektiven kritischer Wissenschaft zusammen: verschiedene Varianten des Marxismus, der Kritischen Theorie und des Poststrukturalismus, durchaus auch Forschungsperspektiven des Kritischen Rationalismus bzw. der empirisch-analytisch orientierten Politikwissenschaft, ebenso wie dezidiert normativ orientierte Ansätze der Politischen Theorie. Das Spektrum der Kritikmodelle reicht von der Ideologiekritik über die „genealogische“ und die „welterschließende“, die konstruktivistische und interpretative bis hin zur rekonstruktiven Kritik (zu den verschiedenen Kritikmodellen vgl. Iser 2011). Kritische Politikwissenschaft, so wie sie hier verstanden wird, integriert Anliegen und Methoden der „Sozialkritik“ ebenso wie der Kultur- bzw. der sog. „Künstlerkritik“ (vgl. Boltanski/Chiapello 2006). Sie bezieht sich auf materiale Gegebenheiten und Verhältnisse ebenso wie auf diskursive Konstruktionen und sie verbindet nicht zuletzt struktur- und systemzentrierte Kritikperspektiven mit handlungs- und subjektbezogenen Kritikkonzepten. Kritisch-emanzipatorische Politikwissenschaft in feministischer Perspektive ist kein homogenes Forschungskonzept, kein in sich geschlossenes Paradigma der Wissenschaft. Vielmehr ist sie ein in permanenter Erneuerung begriffenes und in sich selbst in vielerlei Hinsicht kontroverses Projekt.

Doch Pluralität heißt nicht Beliebigkeit: Kritische Politikwissenschaft in feministischer Perspektive unterscheidet sich z.B. durch ihre Orientierung auf die Dialektik von Herrschaft und Emanzipation einschließlich ihrer ideologisch überformten, latenten Dimensionen in analytischer Perspektive sehr strikt von einem Wissenschaftsverständnis, das mit zum Teil naiven Vorstellungen der Faktizität sozialer Wirklichkeit und deren Repräsentation durch Daten und Fakten nur an der Oberfläche sozialer Verhältnisse und Gegebenheiten kratzt. In normativer Perspektive steht der kritisch-emanzipatorische Forschungsansatz, wie er hier skizziert wird, in Opposition zur Ableitung von Werten und Normen aus abstrakten Erörterungen eines wie auch immer bestimmten ewig gleichbleibenden Wesens des Menschen. Ausgangspunkt normativer Betrachtungen im Kontext kritisch-emanzipatorischer Politikwissenschaft ist immer die Pluralität der Menschen in ihrer individuellen Einzigartigkeit und in ihrer Einbindung in die Bedingungen von Geschichte und Gesellschaft. Dieses radikal historisch-soziale Verständnis des Menschen steht in produktiver Spannung mit den Bedingungen von Natalität, Vulnerabilität und Mortalität, in die die Menschen gleichermaßen eingebunden sind. Diese sind gewissermaßen über-historisch, wenngleich sie im synchronen und diachronen Vergleich unterschiedlich empfunden und interpretiert werden. Die Berücksichtigung der

Bedingungen von Natalität, Vulnerabilität und Mortalität bewahrt kritisch-emanzipatorische Wissenschaft vor abstrakten, weltfremden Annahmen über das Wesen des Menschen oder das Funktionieren von Gesellschaft und korrigiert androzentrische Ausblendungen, u.a. bezogen auf die Bedeutung sog. Care-Arbeit. Mit ihrer Orientierung auf die Verbindung von politischer Theorie und Utopie mit politischer Praxis, mit der Ablehnung einer ausschließlich negativ akzentuierten Gesellschaftskritik und mit der Absage an alle Formen einer Vereinseitigung von Herrschaftskritik nach dem Modell eines allein maßgeblichen Hauptwiderspruchs steht die hier skizzierte Kritikperspektive darüber hinaus im Kontrast zu vielen als links, marxistisch oder als besonders radikal etikettierten Kritikmodellen.

Forschungspraktisch ergibt sich die Pluralität der Kritikperspektiven kritisch-emanzipatorischer Politikwissenschaft aus der diskursiven Verknüpfung unterschiedlicher Ansätze, Theorien, Methoden in einzelnen Forschungsarbeiten; sie wirkt aber auch in einzelne Forschungsprojekte insofern hinein, als sich dogmatische Festlegungen auf nur ein Kritikkonzept, ‚die eine‘ Mastertheorie, ‚das eine‘ Forschungsparadigma nicht mit dem Selbstverständnis kritischer Politikwissenschaft in feministischer Perspektive verträgt. Allerdings: Niemand kann gleichzeitig das gesamte Spektrum der Möglichkeiten kritischer Politikwissenschaft abdecken oder ausschöpfen. Es ist selbstverständlich möglich und notwendig, sich in einer Haus-, Examens- oder Forschungsarbeit auf eine Kritikkonzeption zu konzentrieren, sich der Fortführung einer Theorietradition besonders zu widmen, einen Forschungsansatz weiterzuentwickeln. Maßgebliches Kriterium für die Wahl eines bestimmten Forschungsansatzes, einer bestimmten Theorie und Methode ist dabei immer die zu bearbeitende Fragestellung.

#### e. Reflexivität

»Warum tue ich das, was ich tue?«, „Worum geht es mir?“, „Was berechtigt mich zu den Aussagen, die ich hier treffe?“, „Muss/Will ich wirklich diesen Vorgaben der Wissenschaftlichkeit folgen?“ – und überhaupt: „Hat das, was ich hier treibe, überhaupt irgendeinen Sinn und irgendeine Relevanz?“ – solche Fragen und Zweifel sind nicht notwendigerweise Ausdruck einer Sinnkrise, die die meisten Studierenden und Forschenden beim Verfassen von Haus-, Examens- oder Forschungsarbeiten gelegentlich überfällt, und die man schnell hinter sich lassen sollte. Sie sind manchmal auch Ausdruck kritischer Selbst-Reflexivität.

Notwendiges Merkmal Kritischer Politikwissenschaft, wie wir sie hier verstehen, ist ein kritisches Verhältnis nicht nur zum Gegenstand, zum Objekt

der Auseinandersetzung, sondern ebenso zu sich selbst, zum Subjekt der Wissenschaft – und zwar sowohl hinsichtlich der Einbindung des/der einzelnen Forschenden wie der Wissenschaft insgesamt und des von ihr produzierten Wissens in Macht- und Herrschaftsverhältnisse, in eine spezifische Wissenskultur und einen bestimmten Wissen(schaft)shabitus. Die feministische Wissenschaftstheorie spricht in diesem Zusammenhang von „situiertem Wissen“ (Haraway 1988). Wissenschaft ist eingebunden in die Verhältnisse, in denen sie stattfindet und auf die sie sich bezieht – dies gilt für die Naturwissenschaften, die sich mit ihrem Gegenstand aus einem bestimmten historisch gewachsenen und veränderlichen Naturverhältnis heraus befassen und deren Erkenntnis immer auch kulturell gebunden sind (vgl. Kuhn 1967, Knorr-Cetina 1984) ebenso wie für die Sozial- und Geistes- und damit für die Politikwissenschaft.

Studierende haben einen bestimmten sozialen und kulturellen Hintergrund und kommen nicht als ‚unbeschriebene Blätter‘, sondern mit vielfältigen Vorprägungen an die Universität. Die soziale und kulturelle Situiertheit von Studierenden hat Einfluss auf ihre Studieninteressen, ihr Studier- und Diskussionsverhalten. Ein kritisches Selbstverhältnis befördert die Reflexion der Privilegien, die ein Studium immer noch beinhaltet: Wie und warum werden diese Privilegien gewährt? Sind sie nicht auch Teil einer vielfältigen Strategie a) der Selbstrekrutierung von Eliten und b) deren frühzeitiger Einbindung in und Ausrichtung auf die Legitimation und Stabilisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen?

Das System ‚Wissenschaft‘ ist Teil der Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit wie aber auch von Öffentlichkeit und Privatheit. Welchen Beitrag kann Wissenschaft zur Kritik dieser hierarchischen Teilungen leisten, denen sie ihre Existenz, ihre Reputation sowie ihre Einkünfte verdankt? Muss Wissenschaft nicht gleichzeitig die Notwendigkeit einer eigenständigen Sphäre der autonomen Selbstreflexion von Gesellschaft verteidigen – gerade gegen die aktuellen Tendenzen zur Verschlechterung der Studienbedingungen, zur Prekarisierung der Lebensgrundlagen von Wissenschaft, zur Ökonomisierung ihrer Qualitätskriterien etc.?

Das Postulat der Reflexivität ist ein methodologischer Imperativ kritischer Politikwissenschaft in feministischer Perspektive. Er umfasst unter anderem die im Rahmen des sogenannten kritischen Rationalismus von Karl Popper eingeforderte Haltung von Forschenden, Lehrenden und Studierenden, grundsätzlich davon auszugehen, „dass ich mich irren kann, dass du recht haben kannst und dass wir zusammen vielleicht der Wahrheit auf die Spur kommen werden“ (Popper 2003: 281). In vielerlei Hinsicht geht das Postulat der Reflexivität im Kontext kritischer Politikwissenschaft in feministischer

Perspektive aber über das ‚reflexive Minimum‘ des kritischen Rationalismus hinaus. Selbstverständlich gehört zu dem hier verfolgten Kritikverständnis die Bereitschaft, nicht nur die eigenen Argumente nachvollziehbar zu begründen, sondern ebenso die Argumente anderer zu hören und zu prüfen; dabei müssen zugleich die Machtverhältnisse zwischen affirmativen und kritischen Argumenten bedacht und reflektiert werden. Es kann nicht darum gehen, Ambivalenzen, Paradoxien und Widersprüchlichkeiten der Realität zugunsten eleganter Modelle zu glätten; eine als widersprüchlich erfahrene Realität rechtfertigt allerdings umgekehrt keine Argumentation, die im Sinne des alltagsweltlich geteilten common sense unlogisch oder gar unverständlich erscheint. Selbstverständlich basiert kritische Politikwissenschaft im hier entwickelten Sinn auf der Anerkennung des Prinzips der Toleranz; sie kennt allerdings gleichzeitig das Repertoire der ‚repressiven Toleranz‘ im Mainstream der Wissenschaft gegenüber den auf diese Weise marginalisierten DissidentInnen und die ambivalente Rolle arrivierter HäretikerInnen (vgl. Bourdieu 1988: 180).

Das Postulat der Reflexivität betrifft sowohl das einzelne Forschungsprojekt kritisch-emanzipatorischer Politikwissenschaft wie den wissenschaftlichen Diskurs insgesamt. Kritisch-emanzipatorische Politikwissenschaft in feministischer Perspektive besteht grundsätzlich nicht (nur) in der Anwendung einer bestimmten Theorie, einer bestimmten Methode, eines speziellen Forschungsansatzes auf eine bestimmte Fragestellung; vielmehr werden die zugrunde gelegten Theorien, Methoden und Forschungsansätze in ihrer Anwendung zugleich immer auf Lücken und Mängel überprüft. Das Fazit eines wissenschaftlichen Projekts resümiert daher nicht nur die zu der bearbeiteten Fragestellung gewonnen Befunde und Erkenntnisse; vielmehr erfolgt ein kritischer Rückbezug auf die zugrunde gelegten Theorien und Methoden – mit dem Ziel der permanenten Weiterentwicklung des epistemologischen und methodologischen Fundus kritisch-emanzipatorischer Politikwissenschaft in feministischer Perspektive.

Maßgebliche Instanz der Reflexivität kritisch-emanzipatorischer Wissenschaft in feministischer Perspektive ist aber nicht das einzelne Forschungs- und Studienprojekt, sondern der wissenschaftliche Diskurs insgesamt sowie der Wissenschaft-Praxis-Dialog. Die scientific community hat als institutioneller Rahmen und diskursiver Kontext kritisch-emanzipatorischer Politikwissenschaft in feministischer Perspektive herausragende Bedeutung, nicht nur im Hinblick auf das Postulat der Reflexivität, sondern auch als Verhandlungsarena von Intersubjektivität und Objektivität. Die Diskussion in Seminaren, Studien- und Projektgruppen kann insoweit als Einübung in das innerwissenschaftliche

Ringen um Objektivität und Wahrheit verstanden werden. Allerdings ist weder das studentische Seminar noch die wissenschaftliche Konferenz jener herrschaftsfreie Raum, in dem tatsächlich nur der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ (Habermas) gilt oder in dem sich Parteilichkeiten, Verblendungen und wertbehaftete Fehlanalysen einzelner WissenschaftlerInnen in wertfreie und aller Interessen und Machtspiele enthobene Objektivität auflösen. Auch der Wissenschaft-Praxis-Dialog ist selbstverständlich nicht frei von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, ideologischen Verblendungen, verstümmelter Vernunft. Gleichwohl ist die Praxisrelevanz wissenschaftlicher Erkenntnisse und Befunde ein Kriterium ihrer Qualität. Wenigstens sollte im Kontext kritisch-emanzipatorischer Politikwissenschaft in feministischer Perspektive der Mangel an Praxisrelevanz nicht als Ausweis der Radikalität von Kritik mystifiziert werden.<sup>x</sup>

f. Wissenschaft als kritische Praxis in politischer Absicht

„There Is No Alternative“ (TINA) – dieser der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher zugeschriebene Ausspruch wiederholt sich in der politischen Realität in unendlichen Variationen der immer gleichen Behauptung, es gäbe keine besseren und zugleich praktikablen Alternativen zum Status quo. Varianten des sogenannten „TINA-Komplexes“, also die argumentative und politische Kapitulation vor oft nur vermeintlich unumgänglichen Sachzwängen, sind Feststellungen wie »Da kann man doch eh nichts dran ändern«, „Die da oben machen doch sowieso was sie wollen“, oder: „Unter den Bedingungen moderner Herrschaftstechniken dienen Kritik und Protest letztendlich doch nur oder vor allem der Stabilisierung genau der Verhältnisse, gegen die sie sich richten“. Kritisch-emanzipatorische Politikwissenschaft in feministischer Perspektive ist ein Anti-TINA-Projekt; ihr vorrangiges Anliegen ist gerade die Suche nach emanzipatorischen Alternativen und ihre theoretische und praktische Beförderung.

In unserem Verständnis ist Kritische Politikwissenschaft in feministischer Perspektive selbst eine soziale Praxis, die Deutungsmacht über die Welt, in der wir leben (wollen), beansprucht. Kritische Politikwissenschaft in feministischer Perspektive analysiert Politik und will zugleich politisches Handeln ermöglichen und ermuntern. Sie will wahrgenommen werden und Einfluss nehmen – in und außerhalb der Wissenschaft. In diesem Sinne gründet sie in einer politisch-praktischen Absicht, welche jedoch nicht mit der technokratischen Verkürzung auf Imperative der unmittelbaren Anwendbarkeit oder Verwertbarkeit wissenschaftlicher Befunde und Erkenntnisse verwechselt werden darf.

Um etwas Licht in das vieldiskutierte Verhältnis von ‚Theorie‘ und ‚Praxis‘ zu bringen, scheint es uns sinnvoll, 1) Praxis als Gegenstand von Theorie/Wissenschaft, 2) Praxis als Intention von Theorie/Wissenschaft und 3) Theorie/Wissenschaft selbst als eine Form von Praxis zu unterscheiden. Zwischen diesen drei Praxisebenen der Theorie bestehen durchaus gravierende Spannungen, die aus der immer auch hierarchischen Anordnung der Differenzierung und der Verflechtung unterschiedlicher Tätigkeitsfelder und Handlungslogiken unter je spezifischen Bedingungen resultieren. Diese Spannungen gilt es auszuhalten und in interaktiven Modellen der Forschungsk Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis immer wieder neu auszuhandeln – ohne sich dabei der Illusion der Möglichkeit einer vollständigen Harmonie zwischen wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Belangen hinzugeben. In der realistisch-pragmatischen Anordnung des Verhältnisses von Theorie/Wissenschaft und Praxis darf allerdings weder das Bewusstsein der darin enthaltenen herrschaftlichen Überformung der funktionalen und institutionellen Unterscheidung zwischen theoretischer und praktischer Politik verloren gehen, noch das erkenntnisleitende Interesse an ihrer Überwindung (zu einer im feministischen Diskurs anders akzentuierten Position vgl. Holland-Cunz 2003).

Kritische Politikwissenschaft in feministischer Perspektive liefert kein Rezeptbuch für politisches Handeln; sie bietet in erster Linie Orientierungs- und nicht unmittelbar umsetzbares Anwendungs- oder gar Verfügungswissen. Oft macht sie zunächst einmal ‚nur‘ auf Probleme aufmerksam und leistet Hilfestellung zu deren Verständnis, aber (noch) nicht zu deren Bearbeitung oder gar Lösung. Sie kann und soll Lösungen oder Richtungen, in denen nach der Lösung gesucht werden kann, vorschlagen; Kritik wird jedoch nicht schon durch das Fehlen eines Lösungsvorschlages illegitim. Andererseits ist aber das Fehlen von Angaben zur Bewältigung der von der kritischen Wissenschaft aufgezeigten Probleme tatsächlich ein Mangel und nicht etwa Ausweis der Qualität oder Radikalität von Wissenschaft. Die auf Veränderung zielende Kritik, welche keinerlei Hinweise zu möglichen AkteurInnen und deren Handlungsspielräumen enthält, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie sich selbst in den imaginären Elfenbeinturm der Wissenschaft zurückzieht. Sie gibt in vorseilender Kapitulation vor den Verhältnissen den Anspruch auf Wirksamkeit auf und unterwirft sich diesen Verhältnissen damit, dass sie sich in den (gesellschaftlich mehr oder minder angenehm alimentierten) Schonraum der Irrelevanz und der reinen Selbstreferenzialität institutionell verselbständigter Wissenschaft zurückzieht. Damit leistet sie möglicherweise sogar autoritären Tendenzen und Potenzialen gesellschaftlicher Umbrüche Vorschub.

Zum Theorie-Praxis-Verhältnis der Wissenschaft gehört auch das Verhältnis zwischen Forschung und Lehre. Dabei geht es um inhaltliche und methodisch/didaktische Fragen der Übersetzung von Forschungsperspektiven kritisch-emanzipatorischer Politikwissenschaft in ein entsprechendes Lehr- und Studienprogramm. Es geht aber ebenso um politische und ökonomische Aspekte der Verteilung von Ressourcen auf Lehre und Forschung. Das Theorie-Praxis-Verhältnis kritischer (Politik)Wissenschaft gewinnt außerdem dadurch eine oft vernachlässigte Dimension, dass die Mehrzahl der Studierenden der Politikwissenschaft nach ihrem Studium keine im engeren Sinne wissenschaftliche Tätigkeit ausübt bzw. nicht in der Institution Wissenschaft verbleibt. Im weiteren Sinn ist wissenschaftliche Tätigkeit mittlerweile in vielen Berufsfeldern eine wichtige Komponente oder gar die Hauptform des Anforderungsprofils. Der ‚Praxistest‘ kritisch-emanzipatorischer Politikwissenschaft in feministischer Perspektive besteht vor diesem Hintergrund nicht zuletzt in der Frage, ob und inwieweit sich das im wissenschaftlichen Kontext vermittelte und angeeignete kritisch-emanzipatorische Potential unter den Bedingungen einer außeruniversitären Berufstätigkeit bzw. in den außeruniversitären Arbeits- und Lebenswelten behaupten und weiter entfalten kann. Damit unterscheidet sich das kritisch-emanzipatorische Verständnis von Praxisfähigkeit von jenem, das Wirtschaft und Verwaltung heutzutage von Hochschul-AbsolventInnen fordern und das auf unmittelbares Anwendungswissen zielt.

Schon Max Weber hat darauf aufmerksam gemacht, dass „Wissenschaft als Beruf“ (Weber 1994) keineswegs nur die Funktionen erfüllt, die ihr gemeinhin zugerechnet werden, dass sie vielmehr für diejenigen, die sie betreiben, zudem Quelle eines traditionell privilegierten, mittlerweile aber weitgehend prekarierten Lebensunterhalts ist. Aus feministischer Perspektive hat dieser Umstand insofern eine besondere Bedeutung, als die Teilhabe von Frauen an Wissenschaft ihnen eben nicht nur zu der ihnen lange vorenthaltenen eigenen Deutungsmacht verhilft, sondern gleichzeitig zu einem ihnen ebenfalls lange unzugänglichen eigenen Einkommen (wobei nicht vergessen werden darf, dass es sich hierbei nur um eine kleine Anzahl zumeist sowieso privilegierter Frauen handelt). Die weitgehende Ausblendung der politischen Ökonomie von Wissenschaft in der Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsforschung beinhaltet nicht zuletzt ein gravierendes Defizit hinsichtlich einer ideologiekritischen Bearbeitung und Gestaltung des Verhältnisses von Theorie und Praxis in den vielfältigen Abteilungen von Wissenschaft oder von Wissensarbeit – einschließlich der Ausbildungsgänge und -institutionen, die dazu befähigen (sollen).

## 5. Schluss: Kritik – Norm – Utopie

Im erkenntnisleitenden Interesse kritisch-emanzipatorischer (Politik)Wissenschaft verbindet sich die Kritik an allen Formen und Verhältnissen von Repression und Subordination mit der Utopie einer (möglichst) herrschaftsfreien Gesellschaft – also einer Gesellschaft, in der die Freiheit jedes und jeder Einzelnen Bedingung und Konsequenz der Freiheit aller ist. Utopie wird dabei verstanden als permanenter Prozess der Imagination und vorausschauenden, gedanklichen ebenso wie der praktischen Erprobung von mehr Freiheit, Gleichheit und Solidarität jenseits ihrer gegenwärtigen Beschränkungen und Verfälschungen. An diesem Prozess mitzuwirken ist Teil des erkenntnisleitenden Interesses kritisch-emanzipatorischer Politikwissenschaft – ebenso wie die Ermöglichung einer im Hier und Jetzt wirksamen außerwissenschaftlichen politischen Praxis mit utopischer Intention. Politische Praxis und politische Utopie fungieren in ihrer Vermittlung durch politische Wissenschaft<sup>xi</sup> wechselseitig als Kontrollinstanzen und Quellen der Inspiration. Kritisch-emanzipatorische (Politik)Wissenschaft in feministischer Perspektive begreift sich dabei nicht nur als Beobachtungs- oder Beratungsinstanz politischer Praxis. Vielmehr versteht sie sich als Teil eines politischen Prozesses, in dem sich das pragmatische Anliegen einer produktiven Verschränkung von Theorie und Praxis mit dem utopischen Moment einer Reintegration von Hand-, Kopf- und Gefühlsarbeit und einer neuen, nicht mehr (geschlechts)hierarchischen Konfiguration von Öffentlichkeit und Privatheit verbindet.

Utopie als Manifestation des Möglichkeitssinns kritisch-emanzipatorischer Wissenschaft in feministischer Perspektive kann dabei sehr unterschiedliche Formen annehmen – wie etwa die eines Gesellschaftsentwurfs, einer Staatsverfassung, eines Gedankenexperiments oder eines Tarifvertragsentwurfs zu einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben auf sechs oder noch weniger Stunden pro Tag (vgl. Kurz-Scherf 2014). Utopien in diesem klassischen Sinn des ‚Auspinseln‘ alternativer Möglichkeiten sind keine Heile-Welt-Phantasien. Sie sind vielmehr verankert in realen, wenngleich verschütteten und unterdrückten Möglichkeiten, die es nicht zuletzt durch wissenschaftliche Entdeckungsarbeit freizulegen gilt. Im Fokus der Utopie werden die oft ohnehin nur vermeintlich scharfen Grenzen zwischen Kunst und Wissenschaft fließend – nicht zuletzt, weil Utopie immer auch eine ästhetische Komponente umfasst. So ist beispielsweise die Brecht’sche Fassung des Utopischen – „Etwas fehlt“ (Brecht 1963) – durch wissenschaftliche Definition kaum einzuholen.

Das utopische Moment kritisch-emanzipatorischer Wissenschaft ist aber nicht gebunden an die Form des ‚Auspinseln‘; es kann sich ebenfalls in der Form der radikalen Negation oder als utopische Intention bzw. utopischer Überschuss im Lehr- und Forschungsprogramm niederschlagen. Das utopische Moment kritisch-emanzipatorischer Wissenschaft, so wie sie hier skizziert wird, ergibt sich nahezu zwangsläufig aus ihrer feministischen Perspektive ‚von unten‘ und – bezogen auf den Mainstream der Politikwissenschaft – auch ‚von außen‘. Patriarchale Gesellschaften – und bislang ist die Grundstruktur männlicher Herrschaft und hegemonialer Männlichkeit immer noch weltweit intakt – basieren strukturell auf der Ausgrenzung und Marginalisierung von Frauen als „das andere Geschlecht“; die Überwindung männlicher Herrschaft ist in ihnen nur als Assimilation von Frauen an Männer – also auf der Grundlage ihrer Totalisierung – denkbar. Trotz realer Tendenzen in diese Richtung ist aber die Total-Assimilation von Frauen an Männer weder möglich noch wünschenswert. Da aber innerhalb patriarchaler Gesellschaften andere Möglichkeiten der Überwindung von Geschlechterhierarchien und Geschlechterstereotypen nicht vorgesehen sind, beinhalten alle Bemühungen in diese Richtung zwangsläufig ein die Grundstrukturen der bestehenden Gesellschaft transzendierendes, utopisches Moment. Dies betrifft nicht nur die unmittelbare Konstruktion des Geschlechterverhältnisses, sondern es vermittelt dem gesamten Spektrum politischer Wissenschaft das utopische Moment umfassender Emanzipation und Demokratisierung, weil eine Überwindung der männlichen Herrschaft – so zumindest eine im feministischen Diskurs weitgehend geteilte These – nur auf dieser Grundlage möglich ist.

Politische Utopie und politische Praxis fungieren – so wurde oben argumentiert – im Selbstverständnis kritisch-emanzipatorischer Wissenschaft als wechselseitige Kontrolle und Inspiration; aber auch Kritik und Utopie stehen in dem hier skizzierten Wissenschaftsverständnis in einem wechselseitigen Bedingungsverhältnis: Wenn sich das Projekt der allseitigen Entfaltung von Demokratie und Emanzipation weder aus der empirischen noch aus der theoretischen Faktizität der gesellschaftlichen Verhältnisse ‚ableiten‘ lässt, dann kann nur noch die Utopie als Berufungsinstanz dieses Projekts fungieren – wenn es denn mangels empirischer und theoretischer Begründung nicht einfach aufgegeben werden soll. Die Kritik an Defiziten und Mängeln der Demokratie hinsichtlich der ‚Einbeziehung des Anderen‘ ist damit letztendlich utopisch fundiert – jedenfalls dann, wenn dabei die Einbeziehung des ‚anderen Geschlechts‘ mitgedacht wird. Damit enthalten die Begründungsstrategien für Werte und Normen, auf die kritische Wissenschaft notwendig bezogen ist, ein utopisches Moment. Die Alternative dazu ist die Verankerung von Kritik in der

„normativen Kraft des Faktischen“, durch die sie dann aber auch genau daran gebunden bleibt.

Die Praxis kritischer Politikwissenschaft löst das Problem der Frage nach ihrem normativen Fundament, indem sie ganz selbstverständlich nach der Kompatibilität gesellschaftlicher Verhältnisse und politischer Programme mit Verfassungsnormen, Menschenrechten oder den normativen Prinzipien unterschiedlicher Demokratiekonzepte fragt. Sie greift ebenfalls auf normative Prinzipien oder Kriterien zurück, die von einzelnen Wissenschaftler\_innen (z.B. Nancy Fraser, Iris Marion Young, Martha Nussbaum, Amartya Sen, John Rawls, Axel Honneth, Jessica Benjamin etc.) entwickelt wurden. Doch nach welchem Verfahren die Normen und Kriterien der Kritik auch immer gewonnen werden, sie müssen in jedem Fall erstens benannt und zweitens ihrerseits kritisch reflektiert werden. Stellt sich kritische Politikwissenschaft diesen formalen Kriterien, bedürfen ihre Normen nicht zwingend einer bis ins Letzte durchdeklinierten Begründung. Die Vorläufigkeit und Kritisierbarkeit ihrer normativen Basis markiert im Selbstverständnis kritisch-emanzipatorischer Wissenschaft genauso wenig wie die Vorläufigkeit und Unabgeschlossenheit ihrer utopischen Entwürfe eine Schwäche ihrer Leistungskraft. Im Gegenteil: Kritische Wissenschaft unterscheidet sich von unkritischer nicht zuletzt dadurch, dass sie ihre Wertmaßstäbe und programmatischen Orientierungen expliziert und sie so der kritischen Prüfung, der Korrektur und der Weiterentwicklung zugänglich macht.

## **Literaturverzeichnis**

Albert, Hans (1969): Plädoyer für kritischen Rationalismus. In: Die Zeit, Nr. 49/1969.

Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit (Hg.) (2012): Erkenntnis und Methode. Geschlechterforschung in Zeiten des Umbruchs. Berlin.

Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (2010) (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden.

Becker-Schmidt, Regina (2013): Konstruktion und Struktur: Zentrale Kategorien in der Analyse des Zusammenhangs von Geschlecht, Kultur und Gesellschaft. In: Graf, Julia/Ideler, Kristin/Klinger, Sabine (Hg.): Geschlecht zwischen Struktur und Subjekt. Theorien, Praxis, Perspektiven. Opladen, S. 19-42.

Behnke, Joachim (2006): Methoden der Politikwissenschaft. Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren. Baden-Baden.

Birkle, Carmen/Kahl, Ramona/Ludwig, Gundula/Maurer, Susanne (Hg.) (2012): Emanzipation und feministische Politiken: Verwicklungen, Verwerfungen, Verwandlungen. Königstein/Ts.

Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2006): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz, UVK.

Bourdieu, Pierre (1988): Homo academicus. Frankfurt/M.

Brecht, Bert (1963): Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny. Frankfurt/M.

Fraser, Nancy (1994): Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: Honneth, Axel (Hg.): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie. Frankfurt/M., S. 351-376.

Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir? München.

Greven, Michael Th. (2006): Aktualität und Bedeutung einer kritischen Politikwissenschaft nebst Bemerkungen zur Pluralismustheorie. In: Eisfeld, Rainer: Streitbare Politikwissenschaft. Studien zu Demokratisierung, politischer Kultur und wissenschaftlicher Verantwortung. Mit einer Einführung von Michael Th. Greven. Baden-Baden, S. 7-16.

Haraway, Donna (1988): Situated Knowledge: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: Feminist Studies, Vol. 14, No. 3. S. 575-599.

Harding, Sandra (2008): Sciences from Below: Feminisms, Postcolonialities, and Modernities. Durham.

Harding, Sandra (1994/1991): Das Geschlecht des Wissens: Frauen denken die Wissenschaft neu. Frankfurt/M./New York.

Hirschauer, Stefan (2014): Wozu Gender Studies? Ein Forschungsfeld zwischen Feminismus und Kulturwissenschaft. In: Forschung & Lehre, 10.

Holland-Cunz, Barbara (2003): Die alte neue Frauenfrage. Frankfurt/M.

Holland-Cunz, Barbara (1998): Die Wiederentdeckung der Herrschaft. Begriffe des Politischen in Zeiten der Transformation, in: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. PVS Sonderheft 28/1997. Opladen, S. 83-97

Horkheimer, Max (1975 [1937]): Traditionelle und kritische Theorie. In: Horkheimer, Max (Hg.): Traditionelle und kritische Theorie. Vier Aufsätze. Frankfurt/M.

Iser, Mattias (2011): Gesellschaftskritik. In: Göhler, Gerd/Iser, Mattias/Kerner, Ina (Hg.): Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden.

Jung, Tina (2015): Kritik als demokratische Praxis. Münster (im Erscheinen).

Kant, Immanuel: Vorkritische Schriften (1757-1777). Kapitel: Nachricht von der Einrichtung seiner Vorlesungen in dem Winterhalbenjahre von 1765 - 1766. Akademie-Textausgabe, 1968, Berlin.

Kant, Immanuel (1784): Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Berlinische Monatsschrift, H. 12, S. 481-494.

Klinger, Cornelia (2008): Zwischen Haus und Welt. Zur sozialtopologischen Situierung der Kategorien Rasse, Klasse und Geschlecht. Ein Versuch. In: Bayer, Michael/Mordt, Gabriele/Terpe, Sylvia/Winter, Martin (Hg.): Transnationale Ungleichheitsforschung. Eine neue Herausforderung für die Soziologie. Frankfurt/M., S. 159-194.

Knorr-Cetina, Karin (1984): Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaften. Frankfurt/M.

Kuhn, Thomas S. (1967): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt/M.

Kurz-Scherf, Ingrid (2014 [1987]): Der 6-Stunden-Tag – Skizze eines phantastischen Tarifvertragsentwurfs. In: Jung, Tina/Lieb, Anja/Reusch,

Marie/Scheele, Alexandra/Schoppengerd, Stefan (Hg.): In Arbeit: Emanzipation. Feministischer Eigensinn in Wissenschaft und Politik. Münster, S. 200-208.

Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (2009): Feminismus: Kritik und Intervention. Münster.

Popper, Karl R. (1984): Auf der Suche nach einer besseren Welt. Vorträge und Aufsätze aus dreißig Jahren. München.

Popper, Karl R. (1961): Die Logik der Sozialwissenschaften. In: Adorno, Theodor W. et al. (1970): Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie. Darmstadt, S. 103-123.

Popper, Karl R./Kiesewetter, Hubert (Hg.) (2003): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde II. Falsche Propheten Hegel, Marx und die Folgen. Tübingen.

Schoppengerd, Stefan (2014): Hoffnungslos vereinnahmt? Kritik der Geschlechterverhältnisse in Marketing und Popkultur. Münster.

Stykow, Petra (2009): Politikwissenschaftliche Arbeitstechniken. Paderborn.

Weber, Max (1994 [1917/1919]): Wissenschaft als Beruf. In: Mommsen, Wolfgang J. (Hg.): Studienausgabe der Max-Weber-Gesamtausgabe: Schriften und Reden; Bd. 17: Wissenschaft als Beruf/Politik als Beruf. Tübingen.

Young, Iris (1993): Fünf Formen der Unterdrückung. In: Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hg.): Jenseits der Geschlechtermoral. Beiträge zur feministischen Ethik. Frankfurt/M., S. 99-139.

---

<sup>i</sup> Projektgruppe „Kritische (Politik)Wissenschaft in feministischer Perspektive (KriPo)“. Der vorliegende Text ist aus praktischen Schwierigkeiten in der Lehre und im Studium hinsichtlich der Vermittlung und Aneignung eines dezidiert kritisch-emanzipatorisch orientierten Konzepts politischer Wissenschaft in feministischer Perspektive entstanden. Die Projektgruppe arbeitet seit 2010 am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg in zyklischen Verdichtungen und wechselnden Zusammensetzungen mit Studierenden und Lehrenden an den Herausforderungen kritisch-emanzipatorischer (Politik)Wissenschaft. Zwischenzeitlich Beteiligte: Anna Brüggemann, Valentin Dietrich, Stephanie Dziuba-Kaiser, Philippe Greif, Marius Kött, Ingrid Kurz-Scherf, Marie Reusch, Jan Wetzel; Endredaktion der vorliegenden Fassung: Ingrid Kurz-Scherf und Marie Reusch.

<sup>ii</sup> Zu den verschiedenen Formen von Unterdrückung vgl. Young 1993; zum feministischen Verständnis von Herrschaft vgl. Holland-Cunz 1998.

<sup>iii</sup> Zur feministischen Debatte um Emanzipation vgl. Birkle 2012 und das einflussreiche Konzept „komplexer Gleichheit“ von Nancy Fraser (1994).

<sup>iv</sup> Vgl. ausführlicher: Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2009.

---

<sup>v</sup> Vgl. <https://www.uni-marburg.de/genderzukunft/zentrum/normativitaetstagung/normtagung/normtagcfp.pdf> (letzter Abruf: 15. Mai 2015).

<sup>vi</sup> So wird beispielsweise oft ‚wie selbstverständlich‘ unterstellt, dass alle sozialwissenschaftlichen Fragen und Probleme durch empirische Forschung zu lösen sind. Oder Kritik wird ‚wie selbstverständlich‘ auf die Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Methoden und Befunden bezogen, während der Gegenstand der Sozialwissenschaften, die soziale Realität, analog zu den Naturwissenschaften genauso ‚außer Kritik‘ gestellt werden wie Naturgesetze. Zum Kritikverständnis des kritischen Rationalismus vgl. Albert 1968.

<sup>vii</sup> Zu verschiedenen Ansätzen einer dezidiert feministisch orientierten Methodendebatte vgl. Aulenbacher/Riegraf 2012 sowie die einschlägigen Kapitel im Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung (Becker/Kortendiek 2010).

<sup>viii</sup> Der Begriff Gouvernementalität geht auf Foucault zurück; hier sind damit Machttechniken gemeint, die auf Disziplinierung gründen und Individuen und Kollektive formen und normieren.

<sup>ix</sup> „Wir können dem Wissenschaftler nicht seine Parteilichkeit rauben, ohne ihm auch seine Menschlichkeit zu rauben. Ganz ähnlich können wir nicht seine Wertungen verbieten oder zerstören, ohne ihn als Menschen und als Wissenschaftler zu zerstören“ (Popper 1961: 114).

<sup>x</sup> Totalisierende Perspektiven auf Herrschaftsverhältnisse, die z.B. hegemoniale Männlichkeit oder männliche Herrschaft als omnipräsent kritisieren, laufen Gefahr, genau diese Omnipräsenz zu reproduzieren und zu bekräftigen, wenn sie den hegemonialen Konstellationen in den Geschlechterverhältnissen eine Immunität gegen Kritik und Protest attestieren – etwa nach dem Motto: „The more things change, the more they stay the same“ (Klinger 2008). Zur Kritik an der in totalisierenden Kritikperspektiven oft enthaltenen Vereinnahmungsthese vgl. Schoppengerd 2014.

<sup>xi</sup> Hier nicht verstanden als die akademische Disziplin der Politikwissenschaft, sondern als dem eigenen Selbstverständnis nach ‚politische‘ Wissenschaft.